

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Wir unterlagen einseitige Manuskriptübernahme die Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Proklamierung des Generalstreits im Ruhrrevier.

Die Bewegung im Ruhrrevier.

Ein neuer Generalstreik.

Die schon seit geraumer Zeit angekündigte neue Arbeiterbewegung scheint abermals vom Ruhrrevier ihren Ausgang nehmen zu wollen. Die aus Offen kommenden Nachrichten lauten sehr bedrohlich. Bereits morgen wollen die Bergarbeiter in den Generalstreik eintreten, um bestimmte soziale und politische Forderungen durchzusetzen, und wollen gleichzeitig zu einem verhängnisvollen Schlag gegen die Gewerkschaften ausweichen. Die Konferenz, die gestern diese weittragenden Beschlüsse gefasst hat, war ausschließlich von der sogenannten Reuenerkommission, der sechs Kommunisten und drei Unabhängigen angehören, einberufen worden. Die Mehrheitspolitik scheint sich festgehalten haben. Zumindest will man damit rechnen müssen, daß große Teile der Bergarbeiter der Streikparole Folge leisten werden.

Die Folgen, die sich aus einem längeren Streik gerade in diesem Augenblicke ergeben, können verhängnisvoll sein. Die Lieferung der Lebensmittel aus dem Lager der Entente ist eben eingeleitet worden. Bezahlen aber können wir sie in der Hauptstadt nur mit Waren, das heißt in erster Linie mit Kohlen und sonstigen montanen Produkten. Wenn die Bergarbeiter also jetzt abermals eine allgemeine Streikbewegung einleiten, so gefährden sie die ganze Lebensmittelzufuhr und verlängern künstlich die Hungerblase gegen das deutsche Volk, die nach fast fünf Jahren jetzt endlich abgebaut werden soll.

Die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Bergarbeiter sind überdies so überspannt, daß sie schon in kürzester Zeit den deutschen Bergbau ruinieren würden. Während wir nur in angetragener Arbeit aus dem allgemeinen Aufwachen herauskommen können, verlangen die Bergarbeiter die sofortige Einführung des Sechstages, fordern aber denselben Lohn dafür wie für die bisherige längere Arbeitszeit und außerdem noch eine 50prozentige Lohnerhöhung. Die politischen Forderungen sind gleichfalls zum größten Teile unerfüllbar, wenn man das deutsche Volk nicht der Diktatur einer proletarischen Minorität ausliefern will. Was die radikalen Bergarbeiter hier verlangen, ist nicht mehr als freie Bahn für den Terror. Die Freiwilbigkeitskorps der Regierung sollen aufgelöst, die Polizei soll entmachtet werden, aber eine revolutionäre Wehrbewehrung soll sofort gebildet werden. Eine Regierung, die diesem Verlangen nachkäme, würde der Anarchie das Tor weit öffnen.

Aber dieser Kampf um die Macht beschränkt sich diesmal nicht bloß auf das wirtschaftliche und politische Gebiet, sondern soll auch zu einer Entscheidung über die Frage: Gewerkschaften oder Räte führen. Das kann man bis zu einem gewissen Grade begründen. Denn nun werden die Arbeiter Farbe bekennen müssen, ob sie ihre alten Organisationen, an deren Aufbau und Ausgestaltung Generationen gearbeitet haben, kurzerhand aufgeben und sich einen radikalen Räteismus aneignen wollen, das bislang nur destruktive Resultate gezeitigt hat. Gewerkschaften oder Räte, ein drittes: Verleugung, soll es nach dem Willen der Kommunisten und Unabhängigen nicht mehr geben. Was sich im Ruhrrevier gegenwärtig abspielt, ist also nicht zuletzt ein Kampf innerhalb der Arbeiterchaft selbst um die Macht.

Die Beschlüsse der revolutionären Bergleute.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Essen, 31. März.

Eine von den Mitgliedern der sogenannten Reuenerkommission einberufene Delegiertenkonferenz der revolutionären Bergleute, von denen 475 Delegierte von 195 Zechenanlagen, das sind etwa zwei Drittel sämtlicher Zechen des Ruhrbezirks, erschienen waren, beschloß am morgigen Dienstag in dem Generalstreik einzutreten. Die Arbeit soll nicht eher wieder aufgenommen werden, bis eine Reihe von Forderungen, größtenteils politischer Natur, erfüllt worden sind. Außerdem beschloß die Konferenz u. a. die Bildung einer allgemeinen Bergarbeiterunion und den alten Organisationen die Beiträge zu kürzen. Es wurde ein Zentralausschuß gewählt, der die Aufgaben der Reuenerkommission übernehmen und den Entwurf einer neuen Organisation ausarbeiten soll.

Die Forderungen der Streikenden.

Essen, 31. März. (M. T. B.)

- Die Forderungen der Streikenden sind folgende:
1. sofortige Einführung der Sechstundenschicht für Untertagearbeit unter Beibehaltung des bisher für längere Schichtdauer geltenden Lohnes;
 2. 25 Prozent Lohnerhöhung;
 3. Regelung der Anwartschaftsfragen;
 4. Anerkennung des Rätebundes;
 5. sofortige Durchführung der Hamburger Punkte (betreffend Rommandogewalt);

6. sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen;
7. sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehre;
8. sofortige Auflösung aller Freiwilbigkeitskorps;
9. sofortige Anknüpfung aller politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung;
10. Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Reich.

Sabotageakte und Unruhen.

Von zukünftiger Seite wird uns mitgeteilt:

Die Lage im Ruhrrevier hat sich nach den heute vorliegenden Meldungen verschlimmert. In Dortmund und fahren die Belegschaften der Zechen wo überhaupt gearbeitet wird, nur sechs Stunden ein. Auf sehr vielen Zechen ruht die Arbeit vollkommen. Eine große Erregung hat sich des Eisens- und Stahlwertes in Dortmund bemächtigt, da durch die Unruhen und Streiks eine Stilllegung bevorsteht. Die Lage ist sehr schlimm. Heute morgen fand eine Versammlung statt, die darüber beraten sollte, ob gearbeitet werden soll oder nicht. An einigen Werken wurde Sabotage verübt. So ist ein Hochöfen zugrunde gerichtet worden dessen Wiederherstellung acht bis zehn Monate dauern wird. Man beschließt die Sabotierung an anderen Hochöfen in der Umgebung von Glatzop ist die Lage sehr schlimm. Es kam zu schweren Unruhen. Das Antischaus wurde besetzt die Polizeigefahr gestärkt. Die sportliche Seite breitet sich immer mehr aus, und es gewinnt den Anschein, daß die ganze Bewegung von außen in das Industriegebiet hineingetragen wird. In Witten streiten alle Zechen, mit Ausnahme von zweien.

Die Ausdehnung des Streiks.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Dortmund, 31. März.

Die Auslandsbewegung der Bergarbeiter im hiesigen Bezirk wie auch im Witterer und Bochumer Revier zeigt auch heute noch keine Abschwächung. Die Forderungen, die von den Belegschaften gestellt werden, werden immer radikaler. So wird von verschiedenen Zechen bereits eine 50prozentige Lohnerhöhung und außerdem die Auszahlung einer neuen Leertungszulage bis zu 300 Mark für jeden Bergmann verlangt. Auf denselben Zechen im hiesigen Revier, wo noch gearbeitet wird, haben die Bergleute überall eigenmächtig die Sechstundenschicht eingeführt, was auch auf politischen Zechen im übrigen Ruhrbezirk der Fall ist. Die Bergarbeiterorganisationen sind gegenüber der kommunistischen Wählerarbeit vollkommen machtlos.

Bochum, 31. März.

Die Belegschaften der Zechen Schamroo und Friedrich der Große sind in den Streik eingetreten, weil die Verwaltung für die von den Bergleuten eigenmächtig eingeführte Sechstundenschicht nicht den gleichen Lohn zahlen will wie für die 7½-Stundenschicht. Die Belegschaft der Zeche „von der Höhe“ beschloß, an der Sechstundenschicht teilzunehmen aber bis zum Mittwoch weiterzuarbeiten, um die Entschädigung der Zechenverwaltung abzuwarten; gegebenenfalls werde man sich mit der Belegschaft der „Hibernia-Schächte“ solidarisch erklären.

O. Herne, 31. März.

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche „Julia“, in der die Beibehaltung der Sechstundenschicht beschlossen wurde, verlor die Abstimmung der Herne Sicherheitswehr. Die Zechenverwaltung soll diejenigen Bergleute, die bei der Sicherheitswehr Dienst tun, bei Androhung der Entlassung auffordern, bis zum 15. April zur Arbeit zurückzuführen.

Arbeiterratswahl.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Essen, 31. März.

Bei der Neuwahl des hiesigen Arbeiterrats ergab sich eine bürgerliche Mehrheit. Von den 30 Mandaten fielen den nichtsozialistischen Gruppen 16 zu, während die beiden sozialistischen Parteien nur je 7 erhielten.

O. Barnim, 31. März.

Bei den Arbeiterratswahlen erhielt in Barnim die Liste der Mehrheitssozialisten 12 Sitze, die der Unabhängigen 8, die der Beamten und Lehrer 4 und die Vereinigten Angestellten und Arbeiterverbände 12 Sitze. In Oberfeld erhielten auf die Liste der Vereinigten Arbeiter, Angestellten und Lehrer 16 Sitze, auf die Liste der Mehrheitssozialisten 12 und diejenige der Unabhängigen 8 Sitze.

O. Bochum, 31. März.

Seit einiger Zeit schweben Verhandlungen über die Entlassung der Dienstausschüsse für die Betriebsräte im Ruhrbezirk. Da die Betriebsräte in alternierender Zeit durch Belegschaften abgelöst werden bis dahin aber mit praktischer Tätigkeit Aufnahme nicht gewartet werden kann, so ist die Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände und des Zechenverbandes vereinbart worden daß die vorläufigen Dienstausschüsse wie sie auch in Mitteldeutschland zwischen der Arbeitsgemeinschaft zustande gekommen sind, vom 1. April in Tätigkeit treten.

Die Beziehungen des deutschen Imperialismus zum russischen Bolschewismus.

Von Hans Vorst. (Nachdruck verboten.)

Es beginnen von einigen bisher geheimen und höchst verhängnisvollen Ereignissen der Kriegszeit die Schleier zu fallen. Man erinnert sich der aufsehenerregenden Tatsache, daß Lenin und eine Reihe seiner Anhänger, die der Ausbruch der russischen Revolution in der Schweiz betroffen hatte, über Danzig, Gdansk und Schweden in ihre russische Heimat zurückkehrten, nachdem ihnen die Entente die Durchreise verweigert hatte. Diese Tatsache bewies schon damals, daß der deutsche Imperialismus bereit war, den russischen Bolschewismus zu unterstützen, und daß die Führer der russischen Bolschewisten seinen Anstand nahmen, sich solcher Unterstützung der deutschen Behörden zu bedienen. Fraglich blieb damals nur, wie weit sich die Hilfe erstreckte. Es taugten zwar bald sowohl in der russischen wie in der alliierten Presse Nachrichten auf, die dahin gingen, daß die bolschewistischen Führer von Deutschland große Geldmittel zu Propagandazwecken erhalten hätten, aber diesen Mitteilungen konnte keine unbedingte Vertrauenswürdigkeit zugesprochen werden, und sie wurden von den bolschewistischen Führern auf das entschiedenste in Abrede gestellt.

Nunmehr war eine gewisse Wechselbeziehung zwischen dem deutschen Imperialismus und dem russischen Bolschewismus durch die Tatsache der Durchreise Lenins durch Deutschland schon damals offenkundig, und im Frühjahr 1917 ist an dieser Stelle, soweit es unter der Kriegszeit möglich war, bereits auf die Kurzfristigkeit dieser Politik und den internationalen Charakter der bolschewistischen Gefahr hingewiesen worden.

Später ist es hier unabhängig getadelt worden, daß der deutsche Imperialismus in West-Europa einen Gemwaffrieden erzwingen, den von allen russischen Parteien die Bolschewisten ablehnen, und auch sie nur aus parteipolitischen Erwägungen, anzunehmen bereit waren. Von diesem Zeitpunkt an war offenbar eine Situation geschaffen in der der deutsche Imperialismus daran interessiert war, daß der ihm gefügige Bolschewismus in Rußland am Ruder blieb. Von antibolschewistischer russischer Seite wurde indes damals behauptet, daß sich im tatsächlichen Gebiet der Sowjetrepublik die bolschewistische Herrschaft jeglicher Unterstützung von Seiten des deutschen Militarismus zu erfreuen hätte, und es wurden die erlauchtlichsten Einzelheiten darüber mitgeteilt, die man jedoch in das Reich der Fabel glaubte verweisen zu müssen.

Nun ist aber unlängst — zuerst in Amerika und dann in der Schweiz — eine Sammlung von Dokumenten veröffentlicht worden, welche zu beweisen scheint, was man vorher für unmöglich hielt. (Die deutsche bolschewistische Verführung.) 70 Dokumente herausgegeben vom amerikanischen Komitee für öffentliche Information. Der freie Verlag, Bern 1919.) Edgar Sifton, der als Agent des amerikanischen Informationskomitees im Winter 1917—18 in Rußland tätig war, hat sich diese Dokumente, teils im Original, teils in photographischen Reproduktionen, ansehend durch Beschaffung zu verschaffen gesucht. Ein Teil von ihnen wird in offenbar mangelhafter deutscher Übersetzung, eine ganze Anzahl aber auch im Original, veröffentlicht. Die zwischen deutschen Behörden, insbesondere zwischen Abteilungen des Großen Generalstabes, und der bolschewistischen Regierung, oder auch von bolschewistischen Behörden untereinander gewechselt worden sein sollen. Es ist unmöglich, im Rahmen eines Zeitungsaufsatzes eine eingehende Textkritik dieses Materials vorzunehmen, das, wie der Herausgeber selbst zugestehet, ungleichmäßig ist. Auch bei einzelnen der vom Herausgeber für zweifelslos echt gehaltenen Dokumente (z. B. bei Nr. 5, 6, 10, 11, 35) wird man aus inneren oder äußeren Gründen ein Fragezeichen machen müssen, und die Schlussfolgerungen des Herausgebers sind vielfach übertrieben oder anscheinbar. Aber der größere Teil der Sammlung trägt — leider — den Stempel der Echtheit an der Stirn. Es ist daher notwendig, auch in der deutschen Öffentlichkeit dazu Stellung zu nehmen.

Die Dokumente sollen zunächst beweisen, daß den Genossen Lenin, Sinowjew, Kameneff, Trotski und anderen im März 1917 durch Anweisung der deutschen Reichsbank im neutralen Ausland Kredite für die Friedenspropaganda in Rußland eröffnet worden sind, daß der Rat der Volkskommissare, gleich nach der Oktoberrevolution, mittels Sinowjews zu tun hatte als die Belege, welche die Regierung Sereffnikoff dafür in Händen hielt, aus den Archiven zu entfernen, und daß der deutsche Generalstab, dem Rat der Volkskommissare behilflich gewesen ist, die Spuren dieser trüben Geldgeschäfte zu verwischen. Auch nach der bolschewistischen Oktoberrevolution legt sich das selbe Spiel fort: am 8. Januar 1918 teilte der Vertreter der deutschen Reichsbank, G. v. Schanz, „sehr geheim“, dem Volkskommissar des Auswärtigen (damals Trotski) mit, daß von Stockholm aus 50 Millionen Rubel in Gold zur Verfügung der Volkskommissare überwiesen worden seien. Dieser Kredit ist der russischen Regierung gewährt worden, um die